



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Birte Pauls (SPD)

und

Antwort

**der Landesregierung – Der Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume,
Europa und Verbraucherschutz**

Ergebnisse der Delegationsreise der Landesregierung nach Dänemark

Die Landesregierung war Anfang Februar 2024 auf Delegationsreise in Dänemark.

1. Gibt es als Ergebnis der Gespräche eine Finanzierungszusage Dänemarks für die geplante Wasserstoffpipeline „HyperLINK III“?

Antwort:

In Deutschland wird das Infrastrukturprojekt HyperLINK III Teil des Wasserstoffkernnetzes und unterliegt entsprechend dessen Finanzierungsregeln. Die Landesregierung hat bei ihrem Austausch mit der dänischen Staatsministerin am 31.01.2024 dafür geworben, dass Dänemark für den dänischen Teil die Finanzierung klärt. Dies ist nach hiesiger Kenntnis bislang nicht erfolgt.

2. Über welche konkreten Maßnahmen zum weiteren Abbau von Hindernissen im grenzüberschreitenden Verkehr ist gesprochen worden, welche weiteren Erleichterungen fordert die Landesregierung?

Antwort:

Im Austausch mit dem dänischen Transportminister wurden folgende Verkehrsthemen besprochen, die zum Abbau von Hindernissen führen sollen:

- Verlängerung der RE-Züge über Tinglev hinaus bis nach Fredericia
- Bus-/Bahnverkehre zwischen Flensburg und Sønderborg
- Zweigleisiger Ausbau zwischen Tinglev und Padborg
- Möglicher Tunnелеlementebau in Rødby für die Fehmarnsundquerung
- Neubau der Fehmarnsundverbindung, Stand Fehmarnbeltquerung
- Grenzkontrollen an der A7/E45
- Zustiegssituation für Grenzkontrollen in der Bahn
- H2-Antriebe
- E-Ladeinfrastruktur

Als Wunsch der Landesregierung ist eine Einstunden-Frequenz beim öffentlichen Personenverkehr zwischen Flensburg und Sønderborg aufgenommen worden. Darüber hinaus wurde die Bitte um Unterstützung für ein Abstimmungsgespräch zwischen Bund, DB, Land SH und dänischem Transportministerium platziert. Bei der Abwicklung von Grenzkontrollen ist zudem die Optimierung der Beschilderung angeregt worden.

3. Wann plant die Landesregierung die Überarbeitung des gemeinsamen Abkommens zum Katastrophenschutz vorzulegen?

Antwort:

Bei dem durch die Innenministerin angesprochenen Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark von 1985. Die Landesregierung setzt sich gegenüber der Bundesregierung gemeinsam mit den betroffenen Kommunen und den Trägern des Katastrophenschutzes sowie des Rettungsdienstes für eine Überarbeitung des Abkommens ein. Da die Landesregierung nicht Vertragspartner ist, kann sie die Frage, bis wann eine Überarbeitung des Abkommens geplant ist, nicht beantworten.

4. Welche gemeinsamen Interessen und Projekte stehen auf der Liste für eine Zusammenarbeit bei der Produktion und dem Transport von grünem Strom und grünem Wasserstoff?

Antwort:

Schleswig-Holstein erfüllt im europäischen Kontext eine H2-Hub-Funktion. Als Schnittstelle zwischen Produzenten grünen Wasserstoffs insbesondere auf dem Jütlandkorridor sowie in der Ostsee vor Seeland auf der einen Seite und den Abnehmern in Zentraleuropa auf der anderen Seite liegt ein gemeinsames Interesse im Bau der Transportinfrastruktur.

Die Landesregierung unterstützt den Bau der Wasserstoffleitung HyperLINK III. HyperLINK III ist von den deutschen Fernleitungsnetzbetreibern und der BNetzA zur Aufnahme im deutschen Wasserstoffkernnetz vorgesehen.

5. Welche digitalen Lösungen in Dänemark plant die Landesregierung in der Verwaltung in Schleswig-Holstein umzusetzen?

Antwort:

Eine direkte Nachnutzung bestehender digitaler dänischer Lösungen in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung ist aufgrund der bestehenden Vereinbarungen auf Ebene des Bundes und der Länder und insbesondere der Festlegungen des IT-Planungsrates zur gemeinsamen, föderalen Architektur des E-Governments vermutlich nicht möglich. Die Landesregierung ist aufgrund dessen bestrebt, Lösungen im Rahmen gemeinsamer Projekte umzusetzen.

6. Inwiefern haben die Gespräche die Erarbeitung der Dänemark-Strategie der Landesregierung vorangebracht?

Antwort:

Die Gespräche im Rahmen der Auslandsreise dienten nicht der Vorbereitung der Dänemarkstrategie des Landes. Die Inhalte der Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der dänischen Regierung sind zugleich in der Dänemarkstrategie enthalten.

7. Welche Erkenntnisse darüber, wie die dänische Regierung das Vorhaben der Strategie bewertet, hat die Landesregierung in den Gesprächen gewinnen können?

Antwort:

Die Inhalte der Dänemarkstrategie des Landes waren nicht Gegenstand der Beratung mit den dänischen Gesprächspartnern.

8. Wann plant die Landesregierung die Dänemark-Strategie vorzustellen?

Antwort:

Die Dänemarkstrategie befindet sich aktuell in der Anhörung bei Kammern, Verbänden und Organisationen und wird mit der Umsetzung von Anhörungsergebnissen anschließend durch die Landesregierung beschlossen und veröffentlicht.